



Wirtschaftstag 2013 am 25. Juni 2014

## „Der Euro: Vom Integrationsprojekt zum Spaltpilz?“

Kein anderes Projekt wie die gemeinsame Währung Euro hat die Integration Europas in den letzten Jahren intensive vorangebracht und Wohlfahrt geschaffen. Der Euro ist das zentrale, friedenschaffende Bindeglied in einer immer mehr zusammenwachsenden Weltregion, die in Wettbewerb zu anderen Regionen steht. Europa wird von außen z.B. in Nordamerika oder in Asien schon lange als Block angesehen, die Probleme werden nur als interne Spannungen wahrgenommen. Daher stellt sich die Kernfrage: Schaffen es die Europäer, ihre Krise dauerhaft zu lösen? Oder werden sie sich mittelfristig als Weltregion verabschieden und sich einer Drittklassigkeit ergeben?

Der Euro ist trotz aktueller Turbulenzen kein Spaltpilz. Aber nur dann, wenn wir weiterhin klug und besonnen gemeinsam an der Stabilisierung des Euros arbeiten. Die Europäische Union hat schon einige Krisen erfolgreich überwunden und wird auch diese Krise erfolgreich meistern. Wir sollten daher die Chance ergreifen und die richtigen Lehren aus der aktuellen Krise für das Projekt „Europa“ ziehen. Wir bekennen uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur europäischen Solidarität und haben dies mit den Rettungsschirmen immer wieder untermauert. Dies ist aber keine Einbahnstraße, sondern setzt Eigenverantwortung insbesondere der betroffenen Krisenstaaten voraus. Solidarität kann es nur bei Solidität geben. Dieser Subsidiaritätsgedanke prägt unsere Politik auch in der Krise. Die so eingeforderte Eigenverantwortung bedingt strukturelle Reformen in den Ländern durch dessen nationale Regierungen, nicht zuletzt, um die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu legen. Die Krisenstaaten müssen ihre relative Wettbewerbsfähigkeit ausbauen, wie wir es bei uns vor Jahren ebenfalls und durchaus schmerzhaft auf den Weg gebracht haben. Unsere Wettbewerbsposition darf dabei nicht aufs Spiel gesetzt werden, da sonst die Wettbewerbssituation der Euro-Zone in Gänze zur Disposition stehen würde. Die eingeforderte Eigenverantwortung erfordert aber auch Eigenverantwortung aller Euro-Staaten über die Umsetzung von Strukturreformen hinaus. Die in den

**Dr. Michael Meister MdB**  
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-75358  
F 030. 227-76264

mi-  
chael.meister@bundestag.de  
www.cducusu.de  
Dokument2/ng

letzten Jahren als Lehre aus der Krise umgesetzten Vereinbarungen wie nicht zuletzt der Fiskalpakt müssen ohne Wenn und Aber von allen Unterzeichnerstaaten strikt eingehalten werden. Die Europäische Kommission muss als „Hüterin der Verträge“ auf die Erfüllung der Vereinbarungen dringen und sollte nicht leichtsinnig Aufweichungswünschen nachgeben. Weiterhin sollte sie den Anstoß geben, wie wir auf Grundlage der zahlreichen Vereinbarungen im Zuge der Krisenüberwindung zeitnah die Europäischen Verträge, die europäischen Institutionen und damit letztlich Europa weiterentwickeln können.

Verzichten wir – wie einige politische Kräfte es auch hin Deutschland befürworten - auf den eingeschlagenen Weg und nähern wir uns den viel gelobten, aber selten bis zum Ende durchgedachten Alternativen an, so besteht in der Tat die Gefahr, dass der dann gescheiterte Euro sich am Ende als Spaltpilz für Europa erweisen könnte. Zahlreich sind die von uns trotz starken Druck der Begünstigten abgelehnten Versuche, uns als Alternative eine Transferunion schmackhaft zu machen, sei es durch Eurobonds, einer EU-weite Einlagensicherung, die Bildung eines gemeinsamen Schuldenfonds der durch eine direkte Bankenrekapitalisierung, ohne aber vorher eine echte Bankenunion installiert zu haben. Am Ende würde der deutsche Steuerzahler umfangreich zur Kasse gebeten, so dass die gesellschaftliche Zustimmung zu Europa gefährdet wäre. Auch ein alternativer Austritt einzelner Staaten oder gar Deutschland aus dem Euro-Raum, die Errichtung eines Süd/Nord-Euros oder ähnliche Modelle beenden der Euro-Zone. Wirtschaftliche Einbrüche und Störung der Finanzmärkte beschädigten in diesem Fall auch Deutschland und seine Bürger.

Die Unabhängigkeit der EZB ist ein wichtiger Trumpf in der aktuellen Krisenpolitik. Eine Inflationspolitik wie in den USA als weitere denkbare Alternative ist eine schleichende Enteignung gerade der kleinen Arbeitnehmer und der Sparer, ohne dass mit konjunkturellen Maßnahmen die Strukturprobleme wirklich gelöst wären. Wir lehnen dies aufgrund der schlechten Erfahrungen ebenfalls ab.

Nur mit unserer Politik der Euro-Stabilisierung hat der Euro als zentrales Integrationsprojekt Europas eine realistische Zukunft. Andere Ideen klingen vermeintlich gut, spalten aber am Ende nur Europa.